

Kapitel

Initiator*innen:

Titel: Eine solidarische Stadtgesellschaft

Text

1 Kommunalpolitik ist das Fundament des Sozialstaats: In Braunschweig fangen wir
2 auf, was woanders wegzubrechen droht, und investieren gezielt in soziale
3 Strukturen, die Halt geben. Soziale Gerechtigkeit darf kein Spielball
4 bundespolitischer Weichenstellungen sein. Gerade wenn die Signale aus Berlin für
5 den sozialen Sektor Unsicherheit bedeuten, müssen wir als Kommune umso
6 entschlossener gegensteuern. Wir setzen dabei auf das Grüne Prinzip der
7 „Sorgenden Stadt“: ein Braunschweig, das niemanden zurücklässt, Vielfalt als
8 Stärke begreift und insbesondere vulnerable Gruppen schützt:

9 1. Teilhabe und Gerechtigkeit: Armut konsequent überwinden

10 Armut ist in Braunschweig ein wachsendes Querschnittsthema, das alle
11 Lebensbereiche durchdringt. Sie trifft vor allem Kinder, Alleinerziehende und
12 Senior*innen – und hierbei insbesondere Frauen. Wir wollen Armut nicht nur
13 lindern, sondern ihre Ursachen systematisch bekämpfen und die Würde der
14 Betroffenen schützen.

- 15 • **Niedrigschwellige Unterstützung:** Wir führen für alle städtischen Maßnahmen
16 einen verbindlichen **Armuts-Check** ein. So prüfen wir, wie sich
17 Entscheidungen auf arme Menschen auswirken
18 (Armutsverträglichkeitsprüfung). Gleichzeitig gestalten wir die Verwaltung
19 armutssensibel: Bürokratie abbauen, Hilfe einfach und ohne Hürden anbieten
20 – ohne komplizierte Anträge oder das Gefühl, betteln zu müssen.

- 21 • **Ernährungssicherheit als Grundrecht:** In einer wohlhabenden Stadt darf
22 niemand aus Geldmangel auf Essen verzichten müssen. Unser langfristiges
23 Ziel ist ein gesundes, kostenloses Mittagessen für jedes Kind egal ob in
24 Kitas und Schulen sowie für Senior*innen in städtischen Einrichtungen. Als
25 Zwischenschritt müssen wir das Essen hier Schritt für Schritt
26 subventionieren. Flankierend unterstützen wir die Arbeit der
27 Braunschweiger Tafel und weiterer Initiativen, wie unter anderem Futter
28 Teresa und Foodsharingprojekten, die direkte Lebensmittelhilfe leisten.

- 29 • **Handlungskonzept Armut in allen Lebensphasen:** Wir wollen ein
30 Handlungskonzept für Armut in allen Alters- und Lebenslagen entwickeln und
31 dazu auf das bestehende Handlungskonzept für Kinderarmut aufbauen. Wir
32 fordern eine ganzheitliche Strategie, die Bildungsbiografien von Anfang an
33 stützt und Armut aktiv entgegenwirkt. Dabei nehmen wir besonders Ältere,
34 Alleinerziehende sowie die spezifische Armutsgefährdung von Frauen in den
35 Blick, die durch unbezahlte Care-Arbeit und Teilzeitfallen oft direkt in
36 die Altersarmut rutschen.

- 37 • **Teilhabe ermöglichen:** Wir setzen uns für den Erhalt und die
38 Weiterentwicklung von Angeboten ein, die Mobilität, Kultur und Sport auch
39 für Menschen mit geringem Einkommen zugänglich machen. Vergünstigungen und
40 Unterstützungen müssen unbürokratisch, diskret und ohne stigmatisierende
41 Nachweis-Odysseen zugänglich sein.

42 2. Wohnungslosigkeit begegnen und Quartiere stärken

43 Wenn Wohnen unsicher wird, gerät das ganze Leben ins Wanken. Ein Zuhause
44 bedeutet Schutz, Stabilität und die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben
45 teilzuhaben. Deshalb wollen wir Wohnraum sichern, Wohnungslosigkeit wirksam
46 bekämpfen und Quartiere stärken, in denen Menschen Unterstützung finden und
47 nicht allein gelassen werden.

- 48 • **Solidarische Quartiere:** Gegen Vereinsamung und für mehr Zusammenhalt
49 fördern wir konsumfreie Nachbarschaftszentren und setzen uns für den
50 Ausbau der Nachbarschaftszentren in allen Braunschweiger Quartieren ein.
51 Zusätzlich setzen wir auf ein aktives Quartiersmanagement. Wir wollen die
52 nachbarschaftliche Selbsthilfe in den Stadtteilen aktivieren und Räume
53 schaffen, die allen offenstehen – unabhängig vom Geldbeutel.

- 54 • **Wege aus der Wohnungslosigkeit:** Wir wollen Obdachlosigkeit überwinden,
55 statt sie nur zu verwalten. Deshalb setzen wir konsequent auf Wohnraum
56 gerade für schwer vermittelbare Gruppen und auf direkte Begleitung und
57 Hilfestellung bei im Kontext von Wohnungslosigkeit auftauchenden
58 Problemlagen. Gemeinsam mit Partnern wie dem CURA, dem Tagestreff IGLU,
59 dem Bündnis Notruf Wohnungsmarkt und der Stiftung Wohnen und Beraten
60 fördern wir den direkten Zugang zu Wohnraum. Durch Angebote wie
61 Probewohnen und eine intensive, freiwillige sozialpädagogische Begleitung
62 schaffen wir echte Perspektiven und sichern den langfristigen Verbleib in
63 der Wohnung.

- 64 • **Präsenz zeigen durch Streetwork und aufsuchende Arbeit:** Niemand darf durch
65 das Raster fallen. Wir setzen auf Streetwork und aufsuchende Sozialarbeit,
66 um Menschen dort zu erreichen, wo sie sind.

- 67 • **Menschenwürdige Unterbringung:** Städtische Notunterkünfte, insbesondere der
68 Standort „An der Horst“, müssen dringend saniert und so ausgestattet
69 werden, dass die Würde der Bewohner*innen gewahrt bleibt. Unser Ziel sind
70 Einzelzimmer in jeder Unterkunft.

71 3. Demografischer Wandel - Altenhilfe und Pflege neu denken

72 Unsere Gesellschaft wird älter, während die klassische Pflege zunehmend an ihre
73 Belastungs- und Kapazitätsgrenzen stößt. Schon heute werden rund 70 % der Pflege
74 im privaten Bereich geleistet – oft unbezahlt und unter enormer Belastung,
75 besonders von Frauen. Wir Grüne begreifen Pflege als gesamtgesellschaftliche
76 Aufgabe und wollen Strukturen, die ein würdevolles Altern im vertrauten
77 Wohnumfeld ermöglichen.

- 78 • **Unterstützung für pflegende Angehörige:** Wer Angehörige pflegt, darf nicht
79 allein gelassen werden. Wir fordern ein „Kompetenzzentrum für pflegende
80 Angehörige“, das als zentrale Anlaufstelle Unterstützung im Dschungel der
81 Bürokratie bietet und Entlastungsangebote koordiniert. Unser Ziel ist es,
82 die häusliche Care-Arbeit sichtbar zu machen und strukturell zu entlasten.

- 83 • **Ambulante „Kümmerer-Strukturen“ in den Quartieren:** Wir wollen ambulante
84 Hilfen massiv stärken und quartiersbezogene Netzwerke ausbauen. Dazu
85 gehört die Stärkung der Nachbarschaftshilfen, auch mit neuen kreativen
86 Möglichkeiten wie z.B. der Unterstützung von Hausgemeinschaften. Mit
87 aufsuchender Beratung für Ältere stellen wir sicher, dass Hilfe
88 rechtzeitig dort ankommt, wo sie gebraucht wird, bevor Krisensituationen

89 entstehen.

- 90 • **Neue Wohn- und Pflegeformen:** Angesichts des Fachkräftemangels in
91 stationären Einrichtungen fördern wir alternative Wohnkonzepte. Wir setzen
92 uns für den Ausbau von Wohnpflegegemeinschaften ein, in denen
93 Selbstbestimmung und professionelle Hilfe Hand in Hand gehen.
- 94 • **Gerontopsychiatrische Beratung und Demenzhilfe:** Die Zahl der
95 Demenzerkrankungen steigt. Wir fordern den Ausbau spezialisierter
96 gerontopsychiatrischer Beratungsstellen und eine demenzsensible
97 Stadtgestaltung. Braunschweig muss eine Stadt werden, in der Menschen mit
98 Demenz und ihre Familien Teil der Gemeinschaft bleiben und nicht an den
99 Rand gedrängt werden.

100 4. Frauen, queere Menschen und Kinder stärken und vor Gewalt schützen

101 Gewalt gegen Frauen und Kinder ist in unserer Gesellschaft immer noch bittere
102 Realität. Jede dritte Frau erlebt mindestens einmal in ihrem Leben physische
103 oder sexualisierte Gewalt. Gleichzeitig wird wertvolle Care-Arbeit weiterhin
104 überwiegend unbezahlt von Frauen geleistet, was oft direkt in die Altersarmut
105 führt. Echte Gleichstellung ist noch lange nicht erreicht, weder im privaten
106 noch im beruflichen Kontext.

- 107 • **Istanbul-Konvention konsequent umsetzen:** Wir fordern den bedarfsgerechten
108 Ausbau von Frauenhäusern und Zufluchtsorten, damit jede Frau, die vor
109 Gewalt flieht, in Braunschweig sofort Schutz findet.
- 110 • **Schutz in allen Lebensbereichen:** Wir stärken die Beratungsstellen bei
111 häuslicher und sexualisierter Gewalt und legen in der Beratung ein
112 besonderes Augenmerk auf den Ausbau zu Angeboten für den digitalen Raum
113 (Cyber-Stalking).
- 114 • **Aktiver Schutz vor weiblicher Genitalverstümmelung (FGM/C):** Wir schauen
115 nicht weg: Der Schutz von Mädchen und Frauen vor weiblicher
116 Genitalverstümmelung (FGM/C) muss in Braunschweig konsequent umgesetzt
117 werden. Wir begrüßen die fachliche Vorarbeit des Gleichstellungsreferats
118 und fordern nun deren politische Umsetzung: Im kommenden Doppelhaushalt
119 muss die Einrichtung einer spezialisierten Fachstelle verankert werden, um
120 betroffene Mädchen und Frauen nachhaltig zu schützen. Durch gezielte

121 Präventions- und Informationsarbeit sowie aufsuchende Sozialarbeit in den
122 Communitys sollen gefährdete Mädchen geschützt und Betroffene unterstützt
123 werden. Braunschweig soll hier eine Vorreiterrolle in der Aufklärung und
124 im Opferschutz einnehmen."

- 125 • **Verlässliche Finanzierung für Prävention und Beratung:** Soziale
126 Infrastruktur braucht Planungssicherheit. Wir fordern die dauerhafte
127 finanzielle Absicherung bewährter Projekte: Das Beratungsangebot
128 „Klarissa“ für Menschen in der Sexarbeit sowie wegweisende
129 Präventionsprojekte wie StoP und „Rosenweg 76“ müssen als feste
130 Bestandteile unseres sozialen Netzes anerkannt und verstetigt werden.
131 Prävention spart Leid und langfristig auch Kosten.

- 132 • **Sicher unterwegs: Stadt lebendig gestalten und Nachtleben stärken**
133 Freiheit bedeutet auch, sich zu jeder Tages- und Nachtzeit selbstbestimmt
134 und unbeschwert in unserer Stadt bewegen zu können. Wir wissen, dass
135 Raumerfahrungen subjektiv sind und unübersichtliche oder mangelhaft
136 gestaltete Orte Unwohlsein auslösen können. Solche Räume wollen wir
137 konsequent städtebaulich aufwerten: durch eine intelligente,
138 bedarfsgerechte Beleuchtung von Wegen und Parks sowie das bewusste
139 Schaffen von freien Sichtachsen. Damit stärken wir die nachbarschaftliche
140 Präsenz, ohne auf Überwachung zu setzen, und beleben das Quartiersleben
141 für alle Generationen. Zudem unterstützen wir Gastronomie- und
142 Clubbetreibende dabei, „Safer Spaces“ zu etablieren und Awareness-Konzepte
143 umzusetzen. Unser Ziel ist ein Braunschweig, in der sich alle Menschen –
144 und insbesondere vulnerable Gruppen – zu jeder Zeit sicher und willkommen
145 fühlen.

- 146 • **Gleichstellung in der Stadtverwaltung voranbringen:** Die Stadtverwaltung
147 muss beim Thema Gleichstellung vorangehen. Wir setzen uns für gleiche
148 Bezahlung, mehr Frauen in Führungspositionen und Arbeitsbedingungen ein,
149 die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken.

- 150 • **Stadtentwicklung für alle Lebensrealitäten:** Aktuell ist Verkehrs- und
151 Stadtplanung oft auf Erwerbs- und Konsumwege mit dem Auto ausgerichtet.
152 Das benachteiligt besonders Menschen mit Sorgeverantwortung, Haushalte
153 ohne Auto – und damit vor allem Frauen. Wir setzen uns für eine
154 gendersensible Planung ein, die die Bedürfnisse aller Nutzer*innengruppen
155 berücksichtigt.

- 156 • **Sichtbarkeit im Stadtbild:** Noch immer sind Straßen, Plätze und Denkmäler
157 in unserer Stadt überwiegend nach Männern benannt. Wir setzen uns dafür
158 ein, dass bei der Namensgebung von Straßen und der Errichtung von
159 Denkmälern Frauen und ihre Leistungen stärker berücksichtigt werden – für
160 ein Stadtbild, das unsere Gesellschaft vielfältig abbildet.

161 5. Gesundheit und Wohlbefinden - Gut versorgt ein Leben lang

162 Gesundheit ist die Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und soziale
163 Teilhabe. In einer Zeit, in der das soziale Sicherungssystem Risse zeigt, muss
164 die Stadt Braunschweig als verlässlicher Anker fungieren. Ob beim Start ins
165 Leben, in psychischen Krisen oder im Umgang mit den Folgen des Klimawandels –
166 wir kämpfen für eine Gesundheitsstadt, die den Menschen in den Mittelpunkt
167 stellt, Barrieren abbaut und medizinische Exzellenz für alle zugänglich macht.

- 168 • **Klinikum unter öffentlicher Einflussnahme:** Der kommunale Einfluss auf das
169 SKBS ist der Garant für eine krisenfeste und resiliente Stadt.
170 Medizinische Gewinne müssen in die Infrastruktur fließen, statt als Profit
171 an Private ausgeschüttet zu werden. Wir halten konsequent an der
172 kommunalen Einflussnahme fest, um die Versorgungssicherheit zu
173 garantieren. Gleichzeitig ist es unser Ziel, die Belastung für den
174 städtischen Haushalt nachhaltig zu reduzieren. Wir unterstützen daher den
175 Sanierungskurs der Geschäftsführung und die Suche nach Synergie- und
176 Konsolidierungspotenzialen. Wir setzen auf verstärkte regionale
177 Kooperationen mit anderen Kliniken, insbesondere im Rahmen der neuen
178 Krankenhausfinanzierung. Unser Anspruch bleibt: Medizin auf Spitzenniveau
179 in allen Fachrichtungen – besonders in nicht profitablen, aber
180 lebensnotwendigen Bereichen wie der Kinderklinik, Geburtsmedizin oder
181 Geriatrie. Hierzu fordern wir eine stärkere finanzielle Beteiligung des
182 Landes am Zwei-Standorte-Konzept bzw. der Zentralklinik.

- 183 ● **Startchancen und Begleitung von Anfang an:** Ein gesundes Aufwachsen beginnt vor
184 der Geburt. Wir setzen uns für eine wohnortnahe, bedürfnisorientierte Beratung
185 ein, die Schwangere sowie Familien in allen Phasen der Elternschaft bei sozialen
186 und medizinischen Fragen frühzeitig unterstützt. Daher setzen wir uns für eine
187 starke Hebammenzentrale und den Ausbau der Frühen Hilfen ein. Ein besonderes
188 Augenmerk legen wir dabei auf die Beratung von Schwangeren mit
189 Migrationsbiografie, um Sprachbarrieren abzubauen und eine lückenlose
190 medizinische sowie soziale Versorgung sicherzustellen. Unser Ziel ist es, allen
191 Kindern in Braunschweig – unabhängig von ihrer Herkunft – den bestmöglichen
192 Start ins Leben zu ermöglichen.

193 ● **Psychische Gesundheit stärken:** Psychische Belastungen nehmen in allen
194 Altersgruppen zu, doch gerade junge Menschen leiden unter wachsender
195 Perspektivlosigkeit und einer unzureichenden Versorgungslage. Wir fordern den
196 Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote und eine bessere Vernetzung der
197 Hilfesysteme, wie z.B. kommunale Schulpsycholog*innen, damit Krisen nicht zur
198 dauerhaften Belastung werden.

199 ● **Gesundheitsschutz im Klimawandel:** Klimaanpassung ist Gesundheitsschutz. Wir
200 fordern die konsequente Umsetzung eines kommunalen Hitzeaktionsplans. Dazu
201 gehören die Schaffung kühler Orte im Stadtgebiet und der Ausbau öffentlicher
202 Wasserspender, um insbesondere vulnerable Gruppen vor den gesundheitlichen
203 Folgen der Erderwärmung zu schützen.

204 • **Gesundheitsschutz im Klimawandel:** Klimaanpassung ist Gesundheitsschutz.
205 Wir fordern die konsequente Umsetzung eines kommunalen Hitzeaktionsplans.
206 Dazu gehören die Schaffung kühler Orte im Stadtgebiet und der Ausbau
207 öffentlicher Wasserspender, um insbesondere vulnerable Gruppen vor den
208 gesundheitlichen Folgen der Erderwärmung zu schützen.

209 ● **Gesunde Ernährung für alle:** Gesunde Ernährung darf keine Frage des Geldbeutels
210 sein. Ernährungsarmut ist eine reale Gefahr für die Gesundheit und die soziale
211 Teilhabe. Wir wollen in Kooperationen mit bestehenden Initiativen wie dem dem
212 Ernährungsrat Braunschweig und Braunschweiger Land (ERBSL) und SoLaWi ein
213 Modellprojekt zur gesunden Ernährung initiieren, das den Zugang zu hochwertigen
214 Lebensmitteln erleichtert und die Ernährungskompetenz vor Ort stärkt.

215 ● **Moderne Suchtpolitik:** Suchtpolitik ist für uns in erster Linie
216 Gesundheitsschutz. Wir setzen auf Unterstützung statt Stigmatisierung und
217 stärken eine Drogen- und Suchtberatung, die Menschen in schwierigen Lebenslagen
218 nicht allein lässt. Unser Fokus liegt auf niederschwelligen Angeboten und auf
219 einer sachlichen, ideologiefreien Aufklärungsarbeit, die den Schutz von Kindern
220 und Jugendlichen konsequent in den Mittelpunkt stellt.

221 • **Moderne Suchtpolitik:** Suchtpolitik ist für uns in erster Linie
222 Gesundheitsschutz. Wir setzen auf Unterstützung statt Stigmatisierung und
223 stärken eine Drogen- und Suchtberatung, die Menschen in schwierigen
224 Lebenslagen nicht allein lässt. Unser Fokus liegt auf niederschwelligen
225 Angeboten und auf einer sachlichen, ideologiefreien Aufklärungsarbeit, die
226 den Schutz von Kindern und Jugendlichen konsequent in den Mittelpunkt
227 stellt.

228 **6. Soziale Infrastruktur: Freie Träger sicher finanzieren**

229 Das soziale Netz Braunschweigs wird maßgeblich von einer vielfältigen Struktur
230 freier Träger getragen. Organisationen wie die AWO, die Caritas, die Diakonie,
231 das DRK oder der Paritätische übernehmen zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge.
232 Rechtlich gesehen handelt es sich bei vielen dieser Förderungen um sogenannte
233 „freiwillige Leistungen“ – also Ausgaben, zu denen die Kommune nicht gesetzlich
234 durch Bund oder Land verpflichtet ist. Doch für uns ist klar: Diese Leistungen
235 sind für das Funktionieren und den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft
236 unverzichtbar. Das gilt für die soziale Arbeit ebenso wie für die vielfältige
237 Kulturlandschaft und den Breitensport.

238 ● **Daseinsvorsorge anerkennen und Vielfalt erhalten:** Wir wehren uns entschieden
239 gegen Kürzungen im Bereich der „freiwilligen“ Leistungen. Wer hier den Rotstift
240 ansetzt, spart am Fundament unseres Zusammenlebens. Wir wollen die
241 Braunschweiger Trägerlandschaft in ihrer Vielfalt stützen und finanziell
242 absichern.

243 • **Daseinsvorsorge anerkennen und Vielfalt erhalten:** Wir wehren uns
244 entschieden gegen Kürzungen im Bereich der „freiwilligen“ Leistungen. Wer
245 hier den Rotstift ansetzt, spart am Fundament unseres Zusammenlebens. Wir
246 wollen die Braunschweiger Trägerlandschaft in ihrer Vielfalt stützen und
247 finanziell absichern.

248 ● **Dynamisierung der Zuschüsse:** Um die soziale Arbeit zukunftsfest zu machen,
249 fordern wir eine konsequente Dynamisierung der Zuschüsse. Nur wenn Förderungen
250 verlässlich an steigende Tarif-, Energie- und Sachkosten angepasst werden,
251 bleibt die Qualität der Arbeit erhalten.

252 • **Dynamisierung der Zuschüsse:** Um die soziale Arbeit zukunftsfest zu machen,
253 fordern wir eine konsequente Dynamisierung der Zuschüsse. Nur wenn
254 Förderungen verlässlich an steigende Tarif-, Energie- und Sachkosten
255 angepasst werden, bleibt die Qualität der Arbeit erhalten.